

German Revolution refuse to acknowledge: that the SPD carried a majority of labor with itself and its reformist course, and further that the workers' and soldiers' councils were »scenes of extraordinary confusion« which offered no clarity on how to attain the »throughgoing democratization of Germany.« (p. 53)

The discussion of the Italian situation from 1918 to 1922 followed similar lines. *A. Lyttelton* astutely illustrated the nationalistic element in fascism's successful utilization of a revolutionary opportunity, an opportunity which the socialists had been too disunited, too lacking in leadership and too reformist to exploit. The fascists presented themselves to the populace in such a fashion that they satisfied both »the demand for order and the demand for change.« (p. 73) In his critique of Lyttelton, *A. Cassels* agreed that fascism was not merely counter-revolutionary, rather »until it was seduced by the lure of office, fascism retained enough inherent radical possibilities to pose as a viable alternative to the postwar socialist revolution that never was.« (p. 80) These excerpts should illustrate a central aspect of the conference proceedings: they contain little novel information among the astute restatements of central questions on this era.

Somewhat more novel were the workshops organized on agrarian, political, ideological and industrial problems. Here the papers by *G. Ranki*, *C. Meier*, *M. Molnar* and *G. Feldman* laid bare information which is only slowly beginning to percolate into the general understanding of the era. For instance, Feldman suggests a relationship between the new sources of radicalism in labor and the larger scale firms created by the war. However, in many ways the conference tended to be a restatement of the views for which most of these authors were already known.

The question could be posed whether a new generation of scholars with new questions and new approaches might not be necessary to reach a fuller understanding of this era; for example, why did none of the authors examine the »unmaking« of the European working class, in the sense that E. P. Thompson's concept could be applied in reverse to this era? Or, why has no attempt been made to quantify the realm of economic possibilities facing Germany's and Austria's socialists after November 1918? Perhaps the Canadian historians of this era in European affairs would not have added such perspectives but it is notable how few were present at the colloquium and how few of their studies were included in the book's bibliography.

Dieter K. Buse

Peter Hinrichs/Lothar Peter, Industrieller Friede? Arbeitswissenschaft, Rationalisierung und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1976, 298 S., brosch., 12,80 DM.

Rationalisierungsprobleme und technologisch bedingte Arbeitslosigkeit in der Gegenwart haben neuerdings das Interesse an den historischen Wurzeln dieser Probleme geweckt und zum Entstehen zahlreicher Aufsätze sowie einiger Monographien geführt. Auch die hier zu besprechende Arbeit gehört in diesen Kontext. Ihre Autoren gehen vom Desiderat der »Arbeitshumanisierung« in der Bundesrepublik aus. Sie bleibe, so sagen sie einleitend, selbst auf gewerkschaftlicher Seite so lange nur ein Lippenbekenntnis, wie »unter Humanisierung die begrenzte Perspektive des Arbeitsplatzes [...] bei gleichzeitiger Eskamotierung der Frage nach demokratischer Veränderung der Machtverhältnisse [...] auf gesamtwirtschaftlicher Ebene verstanden wird«. Damit ist auch schon der Blickwinkel umrissen, unter dem die Autoren die Geschichte der Rationalisierungsbewegung in der Weimarer Republik betrachten wollen: Nicht wertneutral oder zweckfrei historisierend, sondern aus der Sicht engagierter Marxisten, deren Verhältnis zum Untersuchungsgegenstand weithin dem der Weimarer KPD ähnelt.

In einem einleitenden Kapitel behandeln die Verfasser die sozioökonomischen Rahmenbedingungen, unter denen sich im 20. Jahrhundert Arbeitswissenschaft bzw. Rationalisierung in Deutschland entwickelten. Anschließend vergleichen sie das im Untersuchungszeitraum vorherrschende bürgerliche Verständnis von Rationalisierung mit dem Inhalt, den die KPD diesem Begriff gab: Wo bürgerliche Autoren technischen Fortschritt und den Sieg einer »technischen Vernunft« erblickten, sah die KPD — wie vorher schon Marx und Lenin — nur eine subtilere Methode zur verstärkten Ausbeutung des Proletariats durch Steigerung der Arbeitsintensität. Damit sind nach Ansicht der Verfasser die Fronten klar umrissen: hier rationalisierungswütige Ausbeuter, dort die rationalisierungsfeindliche, klassenbewußte Arbeiterschaft. Diese Polarisierung — das sei vorab gesagt — zwingt die Autoren nicht selten zur Schwarzweißmalerei, zu unnötiger und historisch unbefriedigender Vereinfachung.

Dies wird deutlich etwa, wenn die Verfasser im ersten und zweiten Kapitel über die Ursachen des Einsatzes von Rationalisierung und allgemeiner Arbeitswissenschaft im Untersuchungszeitraum sprechen. In Deutschland reichen die Anfänge der Arbeitswissenschaft bis etwa zur Jahrhundertwende zurück. Freilich galten etwa Wundts und Kraepelins »psycho-technische« Forschungsergebnisse noch als unausgereift und praktisch kaum anwendbar. Ähnlich wurde der Taylorismus eingeschätzt. Wenn die Verfasser meinen, in erster Linie sei für die gegenüber den USA verzögerte Rezeption dieser Neuerungen die entschlossene Abwehrhaltung der deutschen Arbeiterbewegung bestimmend gewesen, so unterliegen sie einer Täuschung: Vor, ja selbst noch im 1. Weltkrieg nahm die Arbeiterbewegung, wie übrigens auch große Teile der Unternehmerschaft, von diesen Dingen kaum Notiz bzw. beschränkte sich auf die Kritik an Einzelheiten. Statt dessen blieb es ganz überwiegend bürgerlichen Sozialreformern überlassen, kritische Analysen etwa des Taylorismus zu erstellen.

Während des 1. Weltkriegs stieg auf staatlicher Seite das Interesse an Methoden, die geeignet erschienen, den zunehmenden Arbeitskräftemangel auszugleichen. Dagegen scheint die große Mehrzahl der Unternehmer auch weiterhin gezögert zu haben, offenbar deshalb, weil ihr die neuen Methoden zu große Zugeständnisse an die Arbeiterschaft zu involvieren schienen.

Zugleich aber entstand aus hinter das Jahr 1914 zurückreichenden Anfängen eine Gruppe von Rationalisierungsanhängern, die die Verfasser fast völlig übersehen oder jedenfalls ignoriert haben. Dies waren vorzugsweise Ingenieure, die in den neuen Verfahren einen Weg zur Beilegung der innerdeutschen sozialen Gegensätze durch den Aufbau einer »Gemeinwirtschaft« gefunden zu haben glaubten. Ihre Pläne spielten während des Krieges und besonders in der Diskussion der ersten Nachkriegsjahre eine nicht unbedeutende Rolle und lassen sich keineswegs unter die unternehmerischen Versuche subsumieren, die sozialpolitischen Ergebnisse der Revolution rückgängig zu machen. Das Interesse dieser Gruppe an Fragen der Rationalisierung und Psychotechnik war in dieser Phase vermutlich größer als das der Unternehmerschaft, die weithin Arbeitskräfteüberhang und Inflation als ausreichende Möglichkeiten zur Profitsteigerung betrachtete.

Nun soll gewiß nicht bezweifelt werden, daß seit Kriegsende eine allmählich steigende Zahl von Unternehmern die sich in der Arbeitswissenschaft bietenden Möglichkeiten für ihre Zwecke zu nutzen begann. Unzutreffend scheint mir lediglich die Reduktion des sehr komplexen Rezeptionsprozesses von Taylorismus, Fordismus, »Human Engineering« auf eine Variante des Klassenkampfes. Verzichtet man auf diese Vereinfachung, so lassen sich die Dinge zwangloser erklären, als in Hinrichs/Peters Arbeit gelegentlich geschehen; beispielsweise wäre es dann unnötig, den Fortgang dieses Prozesses etwas widersprüchlich für die Jahre bis 1923 aus der Schwäche, für die folgenden Jahre jedoch aus der wachsenden Stärke der Unternehmerschaft abzuleiten: Nicht weniger bedeutsame Determinanten waren zweifel-

los die Lage am Arbeitsmarkt und seit 1924 das Bestreben, international auch nach dem Ende der Inflation konkurrenzfähig zu bleiben.

Nicht zuletzt widersprechen auch die Verfasser selbst ihrer These, wenn sie zugeben, daß sich in SPD- und ADGB-Kreisen zahlreiche Stimmen für die Rationalisierung etc. erhoben. Wenn sie andererseits vom »wachsenden Widerstand der deutschen Arbeiter[...] gegen die Rationalisierungsmethoden und -absichten des Großbürgertums« sprechen, so kann das in dieser Form allenfalls für den der KPD nahestehenden Teil der Arbeiterschaft gelten; er aber dürfte, wie die Reichstagswahlergebnisse vermuten lassen, der weitaus kleinere gewesen sein.

Die KPD bekämpfte die Rationalisierungswelle mit einer Konsequenz, die im umgekehrten Verhältnis zum Erfolg stand. Sie hatte manche guten Gründe für ihr Vorgehen, doch blieb ihre Argumentation oft etwas unscharf. Vor allem fehlten klare Ausführungen zum Begriff der Intensitätssteigerung und überzeugende Beweise für ihre These, daß jede Produktivitätserhöhung zwangsläufig die Lage der Arbeiterschaft verschlechtere. Auch vollzog sich der Kampf der KPD gegen Rationalisierung und Arbeitswissenschaft überwiegend auf theoretischer Ebene und erschöpfte sich zu einem guten Teil in Attacken gegen die SPD. Daß diese im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen im Betrieb aktiver und erfolgreicher war als die KPD, sehen auch die Verfasser; daß ihr Vorgehen weder die Weltwirtschaftskrise noch die »Machtergreifung« verhindern konnte (was ihr die Verfasser vorwerfen), gilt nicht minder für die KPD.

So bleibt die Untersuchung von Hinrichs/Peter über weite Strecken von einer gewissen Holzschnitthaftigkeit gekennzeichnet. Nuancen gehen darüber oft verloren: Die Verfasser kritisieren mit Recht das Neutralitätspostulat der Rationalisierer und berichten Beklemmendes über das »Deutsche Institut für Technische Arbeitsschulung«. Andererseits sollten Moellendorff, Wissell oder sonstige Rationalisierungsanhänger in der SPD nicht einfach deshalb als Handlanger der Unternehmerschaft und implizit als Wegbereiter des Nationalsozialismus abgestempelt werden. Auch krankt die Arbeit der Verfasser (wie vor ihr schon manche Verlautbarung der KPD) daran, daß der Vorwurf rationalisierungsbedingter Steigerung der Arbeitsintensität zwar erhoben, aber nie präzisiert oder gar wirklich bewiesen wird. So zutreffend diese Behauptung sein mag — und manches spricht durchaus dafür —, sie ist seit Beginn der Rationalisierungsdiskussion umstritten, aber die Verfasser geben sich mit kritikloser Übernahme einer Position zufrieden.

Schließlich sei vermerkt, daß die zu Einzelpunkten sehr interessanten Ausführungen der Verfasser gelegentlich darunter leiden, daß Hinrichs und Peter ihre Arbeit nicht immer ganz klar gegliedert haben. Auch der überreich mit Soziologismen und Monstersätzen befrachtete Stil steigert die Lesbarkeit nicht. Positiv ist der Dokumentenanhang des Buches hervorzuheben. Zwar weist er Lücken auf, beispielsweise sind die Technokraten à la Moellendorff wie die Unternehmer ungenügend repräsentiert, aber mit diesem Problem haben Auswahlen immer zu kämpfen. Es wäre übrigens zweckmäßig gewesen, den Anhang durch eine Bibliographie zu ergänzen.

Lothar Burchardt

Beatrix Herlemann, Kommunalpolitik der KPD im Ruhrgebiet 1924—1933,
Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1977, 339 S., kart., 24 DM.

In Deutschland, wie auch anderswo, entstanden Parteien im Bereich der gesamtstaatlichen Politik, als zentralstaatliche Parlamentsfraktionen und Wahlmaschinen. Von daher drangen sie schon im 19. Jahrhundert in die Kommunalpolitik ein. Die Frage für sie war jeweils, wie weit sie den kommunalen Kompetenzrahmen als begrenzte Handlungsebene akzeptierten oder sich auf bloße lokale Parteipolitik beschränkten. Anhand der gut lesbaren, klar gegliederten und genau belegten Untersuchung von Beatrix Herlemann über die Kommunalpolitik der KPD in der Weimarer Republik läßt sich das Problem besonders gut studieren.